

# Nein, nein und nochmals nein zur Masseneinwanderungsinitiative

**Selten waren sich alle Wirtschaftszweige in der Ablehnung einer Initiative so einig wie vor der Abstimmung vom 9. Februar 2014, an der es um die Masseneinwanderung geht. Auch der Kantonalvorstand des BGV sagt einstimmig Nein.**

Mi. Wohin man schaut, die Abschottungsinitiative der SVP findet in der Schweizer Wirtschaft keinerlei Unterstützung. Ob KMU oder Grossunternehmen, ob Bauernverband oder Industrie, ob Tourismusbranche, IT oder Pharma: Alle Branchen- und Dachverbände haben sich klar und deutlich gegen die Vorlage ausgesprochen. Die Initianten versuchen zwar diesen Umstand zu kaschieren, indem sie eine Handvoll Unternehmer aus der SVP-Bundeshausfraktion als sogenanntes «Wirtschaftskomitee» auftreten lassen. Das ist alles andere als glaubwürdig und unterstreicht, dass ausserhalb des engen Kreises der Initianten niemand aus der Wirtschaft gewillt ist, einer derart wirtschaftsschädigenden Vorlage das Wort zu reden. Das gilt auch für den ehemaligen Nationalrat Peter Spuhler, der sich als einer der bekanntesten SVP-Experten gegen die Initiative wendet.

## **Bilaterale Verträge und Personenfreizügigkeit sind unverzichtbar**

Die Gründe für die stringente Haltung der Wirtschaft liegen auf der Hand. Eine breit abgestützte Umfrage des Forschungsinstituts BAK Basel hat klar und deutlich gezeigt, dass die Personenfreizügigkeit und die Bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU für die Wirtschaft unverzichtbar sind. 80 Prozent der befragten

Unternehmen haben sich in diesem Sinn geäussert. Daneben hat sich auch gezeigt, dass eine überwältigende Mehrheit der Firmen auf keinen Fall zu einer staatlich geplanten Zuwanderung zurückkehren möchte, wie von den Initianten verlangt. Eine Einschränkung und Verbürokratisierung des Arbeitsmarkts, wie die Initiative sie vorsieht, schadet ihrer Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet damit den Wohlstand der Schweiz. Das bezeugt auch das klare Votum des Kantonalvorstands des BGV. Kein Mitglied konnte sich für die Initiative erwärmen. Einstimmig hat er die Nein-Parole gefasst. Vor allem wurde geltend gemacht, dass die Zuwanderungspolitik der Schweiz auf dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU und der entsprechenden EFTA-Konvention sowie einer beschränkten Zulassung von Angehörigen der übrigen Staaten aus wichtigen wirtschaftlichen oder humanitären Gründen basiere. Kantonalvorstandsmitglied Rudolf Burkhardt, Grossrat: «Dieses duale Zulassungssystem hat sich bewährt. Die Zuwanderung wird heute in erster Linie durch die wirtschaftliche Situation der Schweiz und die damit verbundene Nachfrage insbesondere nach qualifizierten Arbeitskräften beeinflusst und gesteuert.»

## **Umsetzung führt zu totaler Bürokratisierung**

Tarzius Caviezel, Landammann von Davos, bemängelte, dass die «Initiative gegen Masseneinwanderung» eine grundsätzliche Neuausrichtung der schweizerischen Zuwanderungspolitik durch eine umfassende Regulierung verlangt. Alle Personen mit Migrationshintergrund in ei-

nen Topf zu werfen, ist meiner Ansicht nach verwerflich. Aber auch administrativ ist die Umsetzung kaum zu bewältigen.» Damit greift Caviezel ein Hauptproblem der Initiative auf. Sie führt tatsächlich zu einem markanten bürokratischen Mehraufwand, den die Wirtschaft sonst immer wieder kritisiert. Bei der Erwerbsaufnahme eines Ausländers wäre bei jedem einzelnen Gesuch zu prüfen, ob die in der Initiative vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind (zum Beispiel Gesuch eines Arbeitgebers, Einhaltung der Höchstzahlen, Berücksichtigung des Vorrangs der Schweizerinnen und Schweizer, Integrationsfähigkeit, ausreichende eigenständige Existenzgrundlage). Dieser Prüfungsaufwand wäre im Vergleich zu heute enorm. Heute prüfen die zuständigen Behörden der Kantone und des Bundes jährlich rund 13 000 Gesuche für Personen aus Staaten ausserhalb der EU/EFTA, die eine Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufnehmen wollen. Bei einer Annahme der Initiative müssten auf der Grundlage der Zahlen von 2011 neu zusätzlich rund 140 000 Gesuche für EU/EFTA-Angehörige sowie rund 60 000 Gesuche für Grenzgängerinnen und Grenzgänger bearbeitet werden. Die Umsetzung der Initiative würde deshalb zu einer massiven Erhöhung der Bürokratie führen.

## **Viele ungelöste Fragen**

Die Initiative würde in der Umsetzung zu zahlreichen weiteren Problemen führen, für die der Text keine Antwort hat. So legt sie zum Beispiel nicht fest, wie viele Ausländer zugelassen werden dürfen, nach welchen Kriterien die Kontingente verteilt werden, welche Branchen Vorrang hätten oder wel-



«Das Zulassungssystem hat sich bewährt.»

Rudolf Burkhardt



«Die Initiative wirft alle Personen mit Migrationshintergrund in den gleichen Topf.»

Tarzius Caviezel



«Problematische Nebenerscheinungen nicht mit Personenfreizügigkeit verknüpfen.»

Rico Cioccarelli



che Stelle für die Kontingentierung zuständig ist. Die Initiative geht auch nicht darauf ein, wie die Asylsuchenden, die ebenfalls von der Vorlage direkt betroffen sind, in diese Höchstzahlen einzuberechnen sind. Denn aufgrund von zwingendem Völkerrecht dürfen auch bei einer Annahme der Initiative keine Menschen in ihre Heimat zurückgeführt werden, wenn sie dort verfolgt werden oder wenn ihnen dort eine grausame und unmenschliche Behandlung droht.

### Potenzial der Initiative nicht unterschätzen

Der Kantonalvorstand des BGV verkannte in der Diskussion um die Parole keineswegs, dass die Zuwanderung von jährlich rund 80 000 Personen in den letzten fünf Jahren bereits vorhandene Probleme vor allem in den grossen Ballungsräumen wie Wohnraumknappheit, Verkehrsüberlastung oder Energieengpässe verschärft. Die Initiative ist aber nach allgemeiner Auffassung des Kantonalvorstandes keine Lösung zu Nebeneffekten der Zuwanderung, auch wenn sie in der Abstimmung viele Stimmen

auf sich vereinigen wird. «Problematische Nebenerscheinungen dürfen nicht mit der Personenfreizügigkeit verknüpft werden, müssen aber dennoch von der Politik angegangen werden,» meinte Rico Cioccarelli. Die hohe Zuwanderung erhöhe – so das langjährige Ausschussmitglied aus Thuis

– in den genannten Bereichen den innenpolitischen Reformdruck. Zusammenfassend kann deshalb festgehalten werden, dass der BGV durchaus Hand für eine konstruktive Zuwanderungspolitik bietet, die Abschottungsinitiative der SVP lehnt er aber in aller Deutlichkeit ab.



Foto: Yanik Bürkli/Südostschweiz

Anzeige

# Erfolg der Schweiz nicht aufs Spiel setzen

[www.bilaterale.ch](http://www.bilaterale.ch)



am 9. Februar  
**NEIN!**

## SVP-Abschottungsinitiative

Komitee «Nein zur SVP-Abschottungs-Initiative», Postfach 381, 7001 Chur

